

# Maturitätsquote steht nicht zur Debatte

**Bildung** Die duale Berufsausbildung ist für Liechtenstein in vielerlei Hinsicht äusserst wertvoll und muss dementsprechend gefördert werden. Eine Zuteilungsquote einzuführen, sind sich die Landtagsabgeordneten einig, ist jedoch nicht der zielführende Weg.

Julia Kaufmann  
jkaufmann@medienhaus.li

Ende Oktober 2018 hat die Landtagsfraktion der VU eine Interpellation, bestehend aus 14 Fragen, zur Bedeutung des dualen Bildungssystems eingereicht. An der gestrigen Landtagssitzung kam sie zur Sprache. Den Zahlen zufolge scheint die duale Berufsbildung in Liechtenstein auf gesunden und stabilen Beinen zu stehen: Seit Jahrzehnten entscheiden sich konstant rund zwei Drittel aller Schulabgänger für den Weg der Berufslehre. Auch die Erfolge bei internationalen Berufsweltmeisterschaften beweisen, dass Lernende aus Liechtenstein eine hervorragende Ausbildung geniessen.

Dennoch fragte sich nicht nur der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann, ob es der dualen Berufsbildung hierzulande wirklich so gut geht. Der Fachkräftemangel, vor allem in der Pflege und in handwerklichen Berufen, kann nicht schön geredet werden. Die Maturitätsquote hat sich von 2016 (40 Prozent) in nur einem Jahr um über fünf Prozent erhöht – die Anzahl angebotener Lehrstellen übersteigt die Anzahl der Jugendlichen mit Interesse an einer. Deshalb begaben sich die Abgeordneten auf die Suche nach den Ursachen und möglichen Lösungswegen.

## Duale Berufsbildung mehr wertschätzen

«Die duale Berufsbildung muss weiterhin auf allen Ebenen gefördert werden. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass wir unsere Häuser bald selbst bauen und unsere «Gipfeli» selbst backen müs-



Für den VU-Fraktionssprecher Günter Vogt wäre als Zeichen der Wertschätzung die Aufbesserung der Löhne von Fachkräften eine Lösung. Bild: Daniel Schwendener

sen», unterstrich Mario Wohlwend (VU) sein Votum. Auch VU-Fraktionssprecher Günter Vogt verdeutlichte, dass Investitionen in die duale Berufsbildung ein Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Liechtenstein seien und damit dem Fachkräftemangel gezielt entgegenwirken können. Aus seiner Sicht ein positiver Nebeneffekt: «Es werden nicht nur Fachkräfte ausgebildet, sondern neue Steuerzahler gewonnen.» Vogts Lösungsansatz beruhte darauf, dass

der dualen Berufsbildung mehr Wertschätzung entgegengebracht werden soll. «Letztendlich geschieht das durch die Bezahlung.» Ausserdem dürfen sich jene, die keinen akademischen Werdegang vollzogen haben, nicht minderwertig fühlen, ergänzte er. Georg Kaufmann wiederum brachte das Schreiben des Jugendrats Liechtenstein ins Spiel. Für ihn war herauszulesen, dass die Jugendlichen eine Qualitätsoptimierung der Berufsbildung wünschen. Dem entgegen-

te Bildungsministerin Dominique Hasler, «dass wir den Forderungen und Bedürfnissen der Jugendlichen sehr wohl nachkommen. Am runden Tisch wird die Situation mit Lernenden und den Lehrbetrieben immer wieder angeschaut.»

In eine komplett andere Richtung lenkte Mario Wohlwend die Diskussion: «Der Akademisierungswahn gefährdet die duale Berufsbildung», sagte er. Schuld daran hätten unter anderem jene Eltern, die unqualifiziert Einfluss

auf ihre Kinder nähmen und teilweise auch die Intelligenz ihrer Schützlinge überschätzen würden. «Daher müssen wir die Eltern noch besser abholen und sie von den Vorteilen der Berufsausbildung überzeugen.» Der grosse Zuspruch blieb aber aus. Eugen Nägele, FBP-Abgeordneter und Rektor des liechtensteinischen Gymnasiums, hielt mit dem Argument dagegen, dass die Eltern ihre Kinder in den meisten Fällen sehr wohl gut kennen und wüssten, was gut für sie sei. «Ich will daher nicht im Raum stehen lassen, dass Eltern unqualifiziert sind.»

## Durchlässigkeit ist Erfolg des Bildungssystems

Einigkeit unter den Landtagsabgeordneten herrschte dahingehend, dass eine Zuteilungsquote nicht sinnvoll, geschweige denn zielführend sei. Trotzdem wollte Günter Vogt wissen, was der Grund für den höheren Maturitäts-Prozentsatz ist. «Liegt es daran, dass die Schüler klüger oder die Anforderungen geringer geworden sind?» «Weder noch», gab die Bildungsministerin zu verstehen. «Die Zuteilungsquote ins Untergymnasium ist über den Langzeithorizont betrachtet grundsätzlich relativ konstant, unterliegt aber Schwankungen.» Soräumte Eugen Nägele ein, dass das vergangene Jahr bezüglich des Richtwerts – ein Begriff, den er statt von der Quote zu sprechen, bevorzugte – ein deutlicher Ausreisser gewesen sei. «Grundsätzlich wird versucht, den Richtwert einzuhalten», so Nägele. Er gab gleichzeitig aber auch zu bedenken, dass sich dieser in den vergangenen 20 Jahren veränderte.

«Das hat damit zu tun, dass sich die Gesellschaft wie auch die Anforderungen gewandelt haben. Viele Berufe verlangen eine Matura, was vor 20 Jahren noch nicht der Fall war. Beim Richtwert handelt es sich also um keine willkürliche Entscheidung», erklärte der FBP-Abgeordnete.

Schliesslich ging die Diskussion zum «Luxusproblem» über, das Liechtenstein laut Thomas Vogt (VU) hat. «Wir haben das Problem, dass wir zu viele Stellen im Verhältnis zu unserer Bevölkerung und dem Nachwuchs haben. Es gibt zu wenig Leute in der dualen Berufsbildung und zu wenig Personen, die Stellen besetzen können, bei denen eine Matura vorausgesetzt wird», sagte er. Vogt hat den Landtagspräsidenten Albert Frick damit so angesprochen, dass auch er noch eine Wortmeldung einzubringen hatte. Frick war der Auffassung, dass die Wahlfreiheit entscheidend sei. Zudem müsse die Bildungsbereitschaft erhalten werden, denn sie sei ein hohes Gut. Und so steht auch für Bildungsministerin Hasler die Durchlässigkeit im Vordergrund, die der grosse Erfolg des liechtensteinischen Bildungssystems sei: «Die Berufslehre und der akademische Werdegang stehen nicht im Wettbewerb zueinander. Sie sollen eine Ergänzung sein, die beide den Einstieg in die Berufswelt ermöglichen. Welchen Weg ein Jugendlicher einschlägt, muss ihm überlassen sein.» Der Staat sei dazu da, um transparent darzustellen, welche Bedeutung die einzelnen Berufe haben, schloss Dominique Hasler ihre Ausführungen. Damit wurde die Interpellation zur Kenntnis genommen.

## Neue Fraktion versucht, gute Stimmung zu trüben

**Bericht** Die Zahlen der LGV lesen sich sehr positiv. Trotzdem standen Sticheleien und Vorwürfe im Raum.

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2018 der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) wurden von den meisten Landtagsabgeordneten äusserst positiv aufgenommen. Viel Lob erteilte die LGV für das Eigenkapital, das mittlerweile auf 51 Millionen Franken angewachsen ist sowie für die Gewinnausschüttung an das Land, die gemeinsam mit den Steuern rund 940 000 Franken beträgt. Auch dass eine Lösung zur Risikoverminderung der im Bereich des Rheinparkstadions verlaufenden Erdgas-Hochdruckleitung nach etlichen Jahren endlich erarbeitet und umgesetzt wurde, stiess auf Anerkennung. Mario Wohlwend (VU) etwa sagte: «Das ist ganz nach meinem Motto: Die Zukunft ist nicht vorhersehbar, jedoch gestaltbar.»

Dennoch tauchten einige Fragen auf, die der stellvertretende Regierungschef zu beantworten hatte. Und die Neue Fraktion unterliess den Versuch nicht, das positive Gesamtbild zu trüben.

## «Sie sollten weiterdenken als nur bis zur Nasenspitze»

«Die Mehrheit des Landtages, nicht aber ich, hat damals dem Pariser Abkommen zugestimmt, das

mit ambitionierten Zielen verbunden ist. 2018 hat die LGV aber 86 neue Netzanschlüsse für fossile Brennstoffe erstellt», führte Herbert Elkuch von der Neuen Fraktion aus. Worauf er hinaus wollte, folgte sogleich: «Damit ist im Geschäftsbericht schriftlich dokumentiert, dass genau das Gegenteil eingetreten ist, wovon das Pariser Abkommen träumt.»

Sein Fraktionskollege Erich Hasler schloss sich den Bedenken an und griff auf schärfere Worte zurück. Er wollte von Daniel Risch wissen, ob das mittel- oder langfristige Ziel immer noch darin bestehe, von fossilen Brennstoffen wegzukommen. Denn eine Gasheizung hätte eine Lebensdauer von rund 30 Jahren. «Somit kann nicht erst 2035 über diese Frage nachgedacht werden. Sie sollten weiterdenken als nur bis zur Nasenspitze – in 20 Jahren kann man der Bevölkerung nicht verbieten, ihre intakte Gasheizung nicht mehr zu benutzen.» Die Reaktion von Risch liess nicht lange auf sich warten. Zuerst meinte er, dass dies besser in der Pause zu klären sei, konnte sich dann einen Kommentar aber nicht verkneifen: «Sie können davon ausgehen, dass wir unsere Arbeit verstehen.» (jka)

## Gutes Zeugnis für LKW ausgestellt

**Geschäftsbericht** Die LKW blicken auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Im Landtag wurden trotzdem Kritikpunkte angesprochen und Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) blicken auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2018 zurück. Die LKW haben sich trotz eines turbulenten Jahres in der Energiewirtschaft behaupten können. Trockenheit und Schwankungen an den Strom- und Rohstoffbörsen zählten zu den grossen Herausforderungen. Zudem sticht der beschleunigte flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes im vergangenen Jahr besonders heraus, da der Ausbaugrad bis zum Ende des Berichtsjahres bei 34 Prozent lag. Die LKW erzielten im Geschäftsjahr 2018 einen Umsatz von 89,8 Millionen Franken und einen Jahresgewinn von 5,9 Millionen Franken. Davon werden rund 1,8 Millionen an das Land Liechtenstein ausgeschüttet.

## Rechtsform der LKW bleibt

«Nach wie vor ist die LKW trotz des vollständig liberalisierten Strommarktes der praktisch ausschliessliche Stromlieferant in Liechtenstein», erklärte der VU-Abgeordnete Manfred Kaufmann in der gestrigen Landtagssitzung. Aber: Trotz des immer noch stattlichen Gewinns von rund 6 Mil-

lionen Franken sei die Steuerbelastung mit rund 6000 Franken sehr tief. «Zugegebenerweise ist dies auf das hohe Eigenkapital zurückzuführen, welches über den vierprozentigen Eigenkapitalzinsabzug den steuerbaren Reingewinn massiv reduziert», so Kaufmann. Die LKW halten sich an die geltenden Gesetze und dürfen somit nicht hierfür kritisiert werden. «Aus dem Jahr 2018 stehen zur Gewinnverwendung 6 Millionen Franken zur Verfügung, wovon aber nur 1,8 Millionen Franken in den Staatshaushalt als Gewinnausschüttung fliessen. Die restlichen 4,2 Millionen Franken verbleiben zur Erhöhung der Reserven im Eigenkapital der LKW», führte Kaufmann aus. Infolgedessen steige das Eigenkapital der LKW jährlich an und betrage per Ende 2018 rund 309 Millionen Franken. «An dieser Stelle möchte ich nochmals an meinen Vorschlag für eine flexiblere Lösung aus meinem Vorjahresvotum erinnern. Analog einer normalen Aktiengesellschaft könnte die Gewinnausschüttung unter Berücksichtigung des freien Cash Flows, der Mittelfristplanung und der geplanten Investitionen festgelegt werden.» Kauf-

mann wollte von der Regierung wissen, weshalb an diesem starren Ausschüttungsmodell festgehalten werde und auch, wie die Regierung zu einer allfälligen Änderung der Rechtsform der LKW stehe. Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch erklärte, dass das Thema, ob die LKW in eine AG umgewandelt werden sollen, bereits in den Jahren 2003 und 2004 intensiv diskutiert worden sei. «Die Regierung sieht keine Gründe dafür, nicht weiter an einer Anstalt des öffentlichen Rechts festzuhalten.»

## Keine geplanten Kostenerhöhungen

Der FBP-Abgeordnete Alexander Batliner mahnte, dass die LKW in direkte Konkurrenz mit der Gasversorgung stehen, und wollte von der Regierung wissen, wie sie zu einer Fusion von LKW und LGV steht. Der stellvertretende Regierungschef Daniel Risch erklärte, dass der Gedanke einer Fusion von LKW und LGV immer wieder geäußert worden sei, es jedoch keinen Anlass gäbe, zweigut funktionierende Betriebe unter einem Dach zusammenzuführen.

Am meisten Kritik übte Thomas Rehak von der Neuen Frak-

tion am Geschäftsbericht. Die LKW weisen gute Zahlen auf – was aber nicht bedeute, dass die Ziele des Eigners erreicht seien beziehungsweise dieser zufrieden sein muss. Ohne die regulierten Gewinne hätten die LKW laut Rehak einen satten Verlust eingefahren. «Sie akzeptieren stillschweigend das Gebahren und lassen die erhöhten Endkundenpreise zu.» Wie viel Gewinn aus den Netzen tatsächlich notwendig sei, um zu investieren, müsse endlich überprüft werden. «Ich höre Sie sehr wohl und ich habe für Ihre Ausführungen Verständnis, obwohl ich diese nicht immer teile», antwortete Risch. Dass die LKW Gewinne mache und investieren könne, dafür gebühre ihnen mehr Lob als Kritik, führte der stellvertretende Regierungschef aus. Auf die Frage Rehaks, ob die Preiserhöhungen für das Glasfasernetz vorgesehen seien, antwortete Risch: «Ich lege die Preise nicht fest, sondern das Amt für Kommunikation.» Seine Prognose war jedoch, dass die Preise eher nach unten als nach oben gehen werden.

Nathalie Matt  
nmatt@medienhaus.li